

Ziele der Finanzpolitik

Allokationsziel: Wie werden die gegebenen Ressourcen einer VW optimal genutzt

- werden Güter präferenzgerecht produziert
- werden Güter kostengünstig eingesetzt
- Lösung: Markt, Staat bei Marktversagen (z.B. öffentliche Güter) unter den Maßgaben **Präferenzgerechtigkeit** und **Kostengünstigkeit**
- Ziel: Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit
- Zielkonflikte erfordern staatliche Aktivität

Distributionsziel: möglichst gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

- Gerechtigkeit muss von der Gesellschaft definiert werden (externes Ziel)
- Personale Einkommensverteilung: auf Haushalte, Personen
- Funktionale EV: auf die Produktionsfaktoren (Faktorpreise → Ertrag → Zurechnung zu HH)
- Regionale EV
- Sektorale EV: auf einzelne Branchen
- Primärverteilung : ohne Staatseingriff
- Sekundärverteilung: nach Staatseingriff
- Kennzahl z.B. Gini-Koeffizient, Lorenz-Kurve
- Je intensiver Distributionsziel, desto mehr Zielkonflikte mit Wachstums- und Konjunkturzielziel

Konjunkturziel: Auslastung des Produktionspotentials

- Abschwächung der Konjunkturschwankungen

Wachstumsziel: Wie ist langfristig Wachstum zu gewährleisten

- Steigerung des **Produktionspotentials:**
- Kapitalstock
- Personelle Entwicklung: Qualifizierung
- Technischer Fortschritt
- Magisches Viereck (wenn nicht automatisch, kann Staat eingreifen)
- Betrachtung auch regional, sektoral möglich
- Nach Keynes wichtigstes Steuerungsinstrument

Umweltziel: nachhaltige Entwicklung, keine Verschwendung, sparsamer Umgang

Abgeleitete Ziele:

- **Fiskalische Ziele:**
- Sparsame Mittelverwendung (Kostengünstigkeit)
- Einnahmeerzielung (zur Aufgabenerfüllung, Präferenzen der Wähler)
- **Staatsinterne Effizienz:**
- Zuordnung Aufgaben und Einnahmen auf Gebietskörperschaften (Allokationsziel)
- Organisatorische Effizienz
- Finanzausgleich zwischen Körperschaften

Träger der Finanzpolitik:

- Gebietskörperschaften (Union, Bund, Länder, Gemeinden)
- Exekutive, Judikative, Legislative
- Parafisci (*Faststaat*): Erfüllung öffentlicher Aufgaben und eigene Finanzquellen mit Zwangscharakter

- Sozialfisci (SV-Systeme), Sondervermögen (ERP), Ständefisci (Kammern), teilweise Kirchenfisci (Abgabe freiwillig), Gewerkschaften und AG-Verbände (keine Abgaben, Aufgabe der Tarifbildung), Unternehmen mit politisch geregelter Preisbildung (teilweise Sparkassen, Telekom, Post)

Instrumente:

- Aufgaben und **Ausgaben:**
- Gliederung nach Ressort, Aufgabe oder Ausgabeart:
- **Transfer- und Transformationszahlungen:**
- Transferausgaben (ohne Gegenleistung, wie Steuern): HH (SV...), U (Subvention)
- Transformationsausgaben: Personal-, Sachausgaben (Gegenleistung auf dem Faktor- oder Gütermarkt)
- Transferelemente in Transformationsausgaben: z.B. Professorengehalt, wenn höher als in der Wirtschaft, oder Preisabsprachen bei Ausschreibungen (Transfer Zusatzausgaben → Gewinn)
- Zusatzausgaben: Verkäufe, Kredite, Bürgschaften
- Zuordnung: Transfer: Geld wird zugeordnet, Transformation: nach Leistungen
- Schwierigkeiten bei hohem Kollektivgutanteil (z.B. Verteidigung wird nicht genutzt)
- **Einnahmen:**
- Steuern (nach Einkommenserzielung, -verwendung, Vermögen), steuerähnliche Abgaben (SV-Beiträge, Gegenleistung), Verschuldung (Gegenleistung über Zinsen), Gebühren und Beiträge (freiwillig), Erwerbseinkünfte

Staatstätigkeit:

- Wagner: Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit → staatliche Finanzströme steigen
- Besonders SV-Systeme, Preise für vom Staat nachgefragte Güter steigen stärker
- Ordnungspolitik: Messung Staatsanteil zur Unterscheidung der Systeme
- Konjunkturpolitisch: um Potential der Einflussnahme zu erfassen
- **Erfassung:** Finanzströme zu messen reichen nicht, Gesetze kosten nur Verwaltung, wirken aber stärker (z.B. Bevorteilung statt Subventionen)
- Parafisci können eingerechnet werden
- Subventionen weiten Budget aus, Steuererleichterungen senken es
- Versteckter öffentlicher Bedarf: Militär-, Zivildienst bewirkt Einkommensausfall
- Vermögen des Staates (z.B. Krankenhäuser, Strassen) entfalten Wirkung
- **Ausweitung:** vom Ordnungsstaat (Nachtwächterstaat) zum Wohlfahrtsstaat
- Übernahme neuer, kostenintensiver Aufgaben (Bildung, Gesundheit)
- Smith wollte Staat zur Produktion der öffentlichen Güter, Klassiker nur wenig Staat
- Ausweitung in Krisen, dann keine Rückkehr auf altes Niveau
- Technisierte Gesellschaft benötigt mehr Infrastruktur (Straßenbau für Autos)
- **Einkommenselastizität:** Elastizität der NF nach öffentlichen Güter ist hoch:
? Einkommen → <? NF, da bei niedrigem Einkommen physische Güter wichtiger sind

Optimaler Staatsanteil:

- **Theorie der öffentlichen Güter** (Musgrave): möglichst großer privater Sektor, Suche für Gründe staatlicher Durchführung
- Korrektur von Marktergebnissen bei Marktversagen: ordnungspolitisch (Sicherung des Wettbewerbes), regulierende (Kontrolle natürlicher Monopole), externe Effekte (Internalisierung [neE] oder Subvention [peE])
- Ergänzung von Marktergebnissen (Ausgleich von Marktunvollkommenheiten): kein Ausschluss → Trittbrettfahrer → Präferenzen werden nicht offen gelegt → Angebot der öffentlichen Hand (Produktion kann privat sein, Verteilung geht aber nicht über

den Markt), Nichtrivalität: Rivalität (private Güter) vs. Nichtrivalität (öffentliche Güter); Ziel: Aufdeckung und Bündelung von Präferenzen

- Veränderung von Marktergebnissen (meritorische Eingriffe [nach Musgrave: verdienstvoll]): Eingriffe zum Wohle der Allgemeinheit (Gut wird vom Staat definiert)
- Kritik: Erklärungswert dürftig, kein Nachweis von AN=NF bei öffentlichen Gütern, keine strikte Trennung privater und öffentlicher Güter
- Fazit: Theorie kann tendenziell entscheiden, wer anbieten soll
- **Theorie des optimalen Budgets:**
- Anteil und Art gewünschter öffentlicher Güter unklar
- Entscheidung über Staatsangebot läuft über Bürger als Nachfrager: Vergleich Grenznutzen mit Grenzsteuer → Präferenzgerecht, aber vermögende Bürger im Vorteil, Ausschlussprinzip muss gewährleistet sein, sonst free rider
- Bei gleichen Präferenzen gibt es einen Schnittpunkt zwischen gewünschter und möglichen Aufteilungen in Güterarten
- Bei verschiedenen Präferenzen gibt es keine pareto-optimale Lösung mehr
- Bei Nichtrivalität gibt es keine marktliche Lösung → Lösung z.B. über Verhandlungen, Wahlen
- Wohlfahrtsökonomischer Ansatz: Abwägung aggregierter Grenznutzen vs. aggregierter Grenzkosten (Grenzsteuern)
- Kurven nicht berechenbar

Neue Politische Ökonomie (NPÖ):

- Erklärung der politischen Willensbildung
- **Theorie der Stimmenmaximierung** (Schumpeter): Politiker wollen wieder gewählt werden → Wettbewerb um Stimmen → Ausgaben werden erhöht, bis Stimmgewinne = Stimmverluste
- Wohlfahrtsgewinne sind nur Nebenprodukt
- Budget zu klein, da Wähler Ausgaben stärker spüren als Nutzen → Finanzierung über Kredite, spürbare Ausgaben (z.B. Sozialausgaben) wichtiger
-

Finanzausgleich: intergovernmental fiscal relations

- Zuordnung öffentlicher Aufgaben, Ausgaben, Einnahmen zu Gebietskörperschaften
- Unitarismus vs. Föderalismus (DEF: Skala der Kompetenzteilung)
- Vertikaler FA: Verhältnis der Ebenen zueinander
- Horizontaler FA: Verhältnis der Körperschaften einer Ebene

Föderalismus

Allokationsziel:

- Kosten sehr Hoch (Filialsystem, Wahlen, Abstimmungen, Verwaltungen)
- Wettbewerbsföderalismus (um bessere Lösungen, Fehler bleiben lokal begrenzt)
- Höhere Zufriedenheit: Frustrationskosten (schon ab zwei Ländern mit zwei je Meinungen sinkt die Zahl der überstimmten Bürger → Präferenzgerechtigkeit)
- Messung über Struktur und Höhe der regionalen Staatsquote
- Kostengünstigkeit: economies of scale erfordern große Einheiten → höhere Ebene, aber Trennung des Angebotes in Prozessschritte (können oft lokal bleiben, z.B. Müllsammlung zu Deponierung) und Zusammenarbeit niedriger Körperschaften entspricht eher Subsidiarität und fiskalischer Äquivalenz
- gutes Anreizsystem
- Aufteilung öffentlicher Güter nach Ebenen: Lokal (Kultur) bis Global (Klimaschutz.)

- Unterschied: Nutzerkreis

Nutzerkreis, Prinzipien:

- fiskalische Äquivalenz (Olsen): Nutzerkreis != Entscheiderkreis != Kostenträgerkreis (Ziel: effiziente Aufgabenerfüllung. Ausgaben müssen Einnahmen entsprechen)
- Subsidiarität: Aufgabenerfüllung auf niedrigstmöglicher Ebene
- Unterschiede: fiskalische Äquivalenz ist auf Ebenenebene neutral
- Konnexitätsprinzip (juristisch): Einheit von Ausgaben und Aufgaben (Ausgaben folgen Gesetzgebungskompetenz)
- Herstellung fÄ: Sammlung von Wünschen, Bewertung mit Kosten, Abstimmung:
- Ausgabenseite: bis Grenzkosten = Grenznutzen
- Einnahmeseite: Vergleich Grenznutzen mit Grenzeinnahme (Nutzen der Ausgabe zu Nutzen der Einnahme)
- **Spill-over Effekte:** (räumliche externe Effekte)
- Leistungen für bestimmten Nutzerkreis werden von Personen genutzt, die nicht zum Entscheider- und Kostenträgerkreis gehören (Umland)
- Kein Problem, wenn Angebot kostendeckend ist, sonst Subvention durch Kostenträger
- Bei eigenen Zuschüssen, Anreiz zu verkleinern. Da Städte Leistungen exportieren sollen (z.B. Schulen), erfüllen sie Aufgaben inadäquat.
- **Ausgleichssystem** notwendig: Verlagerung nach oben, Ausgleichszahlung, höhere Pro-Kopf-Zuschüsse bei höherer Leistung

Distributionsziel: wer soll umverteilen, Voting by Feet (Tibout)

- Verteilungsziel steht der fÄ entgegen: Länder mit hoher Steuerbemessungsgrundlage pro Kopf haben, bei gleichem Leistungsangebot, niedrigere Steuersätze → ziehen mehr Kapital an
- Allokationsziel (braucht Steuerhoheit) vs. Verteilungsziel (gleiche Leistung bei verschiedener BMG/c) → horizontaler FA soll BMG ausgleichen

Konjunktur- und Wachstumsziel: nach Keynes Nachfragepolitik zentral sinnvoller

- lokal wäre möglich, wenn nur lokale Anbieter profitieren (Zulieferer, Konsumenten...), sonst Spill-over Effekte
- zentral Ordnungspolitik, Kartellrecht, Geldpolitik...
- dezentral: da Wachstum = ? Regionalwachstum → Infrastruktur etc.
- kein Zielkonflikt Allokations- (statisch) und Wachstumsziel (dynamisch): Ordnungspolitik → wirtschaftliche Entwicklung → Präferenzen ändern sich

Steuern:

- Wer hat Ertrags-, Verwaltungs-, Gesetzgebungshoheit (Objekth: an/aus; Gestaltungsh.: BMG, Tarife)?
- auf Bundesebene herrscht fÄ bei den Verbrauchssteuern
- Gewerbesteuer: Unternehmen zahlen, alle entscheiden
- **Steueraufteilung** bei den ertragreichsten Steuern
- Pro: Steuern sind überall gleich → Sicherheit
- Aufteilung erfolgt nach Aufkommen → Anreiz für höhere BMG, z.B. Industrieansiedlung
- Contra: zentralistisch (Bundesgesetze), wenig Gestaltung für untere Ebenen
- Steuersatzvariation schwierig (kaum Hebesatzrechte verankert, GG-Änderung)
- Trennung, Entflechtung nach Bundes-, Landes-, Gemeindesteuern eleganter
- **Konjunkturabhängigkeit:** Steuerelastizität = $T/T_0 / Y/Y_0$

- Steuergesetze stabil, Aufkommen schwankt mit der Konjunktur; besonders Gewinnsteuern
- Parallelpolitik: zyklische Konjunkturpolitik
- Steuerverteilung: Körperschaft mit zunehmenden Aufgaben sollte elastischste Steuern bekommen
- Flexibilität: ? T/? Y
- Fiscal drag: Konjunktur wird zu schnell abgebrochen
- Fiscal dividend: Konjunktur führt zu Mehreinnahmen, die gespart werden müssen
- Built-in flexibility: Rezession → Steuereinnahmen? → Entlastung der Wirtschaft

Zuweisungen:

- Zuweisungen: Kostenträger ? Entscheider, für Entscheider kostenlos (Frustr, Erhebung), werden leichter verschwendet
- Z. bezuschussen Investitionen, nicht die Folgekosten
- Über Auflagen können Gemeinden gesteuert werden → Präferenzänderungen
- Zweckbindungen: zentralistisch, kommunale Präferenzen bleiben unberührt
- Mitfinanzierung: Präferenzen werden geändert, bevorzugt reiche Gemeinden, die finanzieren können und genug Bürokratie haben, um richtige Anträge zu stellen

Zentralisierung: 1949 meist getrennte Steuern, klare Aufgabenteilung

- konkurrierende Gesetzgebung praktisch ausgeschöpft
- Bund hat bessere Einnahmequellen → hat Gemeinden Aufgaben praktisch abgekauft
- Länderaufgaben werden zu Gemeinschaftsaufgaben erklärt (GG)
- Ministerkonferenzen machen Bundespolitik: bürokratisch, Parlamente entmachtet, innovationsfeindlich
- Ziel: Aufgabenrückverlagerung, Finanzierung über klare Steuertrennung

Horizontaler Finanzausgleich: fÄ, Kommunen erhalten Aufgaben und Einnahmen

- Vergleich auf Einnahmensebene (Finanzkraft vs. Bedarf → arm/reich)
- Finanzkraft: nicht Steuereinnahmen; gewichtet, Steuerkraft (BMG), sonst Anreiz, Hebesatz zu senken → arm
- Finanzbedarf: nicht Ausgaben; gewichtet, z.B. Einwohner/Ort → je mehr Einwohner, desto höher der Bedarf (Ansatz unbestechlich), sonst Anreiz, viel auszugeben → arm
- Oder: Kosten einzelner Leistungen, Gewichtung nach Nutzen (z.B. Schüler), Plankosten (sehr anfällig für politische Beeinflussung)
- Suche der optimalen Ortsgröße: Grafik: U-Kurve, Kosten/Einheit? zu Einwohner?
- **Umfang** des Ausgleichs ist politische Entscheidung
- Wenig (eher Wachstumsziel): Anreiz, BMG zu vergrößern, fördert VW-Wachstum, schlechte Ausstattung mit öffentlichen Gütern in der Fläche
- Stark (eher Verteilungsziel): wachstumsfeindlich, starke Abschöpfung der BMG

Internationaler Finanzausgleich:

- Koordination: Doppelbesteuerung soll vermieden werden → sonst kein Anreiz für Handel
- Ursprungslandprinzip: Produzentenland besteuert → keine Lenkungsfunction für Verbraucher, Importe werden gefördert
- Gütertausch: indirekte Steuern (Exporteur), Zoll, indirekte Steuern (Importeur)
- indirekte Steuern des Exporteurs fallen weg → fördert Export, Wettbewerb unverzerrt
- indirekte Steuern haben Lenkungsfunction, soll aber nur das eigene Volk treffen
- Bestimmungslandprinzip: Gut soll so besteuert werden, wie im Zielland üblich
- **Institutionen** mit gleichen Interessen (z.B. IPU) verrechnen Kosten miteinander

- Ohne zurechenbaren Nutzen (z.B. UNO) → Trittbrettfahrer → keine fÄ, braucht genug Mitglieder
- **EU:** Zölle, USt (BMG wird künstlich berechnet, da nicht harmonisiert), Agrarabschöpfungen (Steuer auf Agrarprodukte, da Weltmarktpreis niedriger), Bewilligungen der Mitglieder, BSP-Anteile
- Finanzierung über BSP-Anteile (ist wie proportionale Steuer)

Staatsfinanzierung

Äquivalenzprinzip (Entgeltprinzip): Leistungsempfänger zahlt

- Gerecht bei Sondervorteilen für Gruppen (kostendeckende Preise verlangen)
- Wenn Leistung eher für höhere Einkommensschichten
- Vermeidung von Steuerwiderstand (bei bereits zu hohen Steuern)
- Nachfragedämpfung (Allmende)
- Funktioniert nicht bei öffentlichen Gütern
- **Aber:** hohe Nachfrage kann erwünscht sein (Allokation: Impfungen, Bildung, Infrastruktur → sonst hohe externe Kosten (Epidemien, AL, Staus); Distribution)
- Kostenmäßige Äquivalenz (alle Haller): Kostendeckung
- Marktmäßige Ä.: Abbildung der Preisbildung (dann kein öffentliches Gut)
- **Praxis:** Erwerbseinkünfte über öffentliche U
- Gebühren (für Einzelnen) und Beiträge (Umlage für Gruppen): Ausschlussprinzip
- Gebühren: preisähnlich (Benutzung freigestellt: Maut, Zwangscharakter: niedrig), steuerähnlich (Benutzung vorgeschrieben: Gerichtskosten, Grundbuch)
- Beiträge: z.B. Kanalisation, ZC: hoch
- **Fazit:** kein praktischer Maßstab zur Anwendung

Leistungsfähigkeitsprinzip: Kopfsteuer ist ungerecht, da armen mehr Nutzen entgeht

- horizontale Gerechtigkeit: Gleiche gleich besteuern
- vertikale Gerechtigkeit: Ungleiche ungleich besteuern
- Besteuerung nach individueller Leistungsfähigkeit → Nutzenentgang (ungleich Einkommensentgang), Problem: Präferenzkurven nicht genau bekannt
- Besteuerung über Leistungsfähigkeit hinaus ist Umverteilung
- Der Nutzen kann absolut gleich, relativ gleich gekürzt werden oder der Nutzen aller auf ein Niveau gebracht werden sollen (politische Entscheidung, nicht per se gerecht)
- Indikator: Vermögen (leicht erfassbar), Einkommen (Quellentheorie: regelmäßige Einkünfte; Reinvermögenszugangstheorie (Schanz): Einnahmen - Ausgaben)
- Probleme: Altersbezüge sollen nur einmal besteuert werden, Familienförderung (Vollsplitting, Ehegattensplitting – Verteilung des Einkommens)
- Kaldor: statt potentiellstem Nutzen (Einkommen) könnte auch Konsum oder Sparen besteuert werden

Steuervermeidung, -überwälzung: Wer trägt die Steuerlast

- Steuerüberwälzung iwS: Steueranstöß
- Nicht vermiedene Steuern → Steuerlast
- Zwischen Steuervermeidung und iwS: Steuerzahlung. Muss finanziert werden.
- Steuerüberwälzung ieS: Zahlung wird weiter gegeben, bis einer nicht mehr überwälzen kann → final resting place (Musgrave)
- Rückwälzung/Vorwälzung auf Vorleistungen (p?)/Güter(p? oder Qualität?)
- Zwischen Steuereinhaltung und ieS: Steuerbelastung
- **Kompensation:** Konsument: bei hoher Elastizität Substitution, Forderung von Lohnanpassungen, Mehrarbeit, Kredit

- Produzent: Preisanpassung mit Problemen gg. Ausländischer Konkurrenz, Rationalisierung (Anspornsteuer: auf fiktiven Ertrag > realer Ertrag), Verlust ausweisen, Kredit, Schließung
- Vermeidung, Ausweichung kostet Nutzen, da $p?$ (z.B. Mineralölsteuer)
- Anpassung: sachlich (Substitute oder Konsumverzicht → oft Besteuerung von Substituten), zeitlich (Vorratskäufe), räumlich
- Eintritt der Steuerbelastung = Verlust an ökonomischer Dispositionskraft
- In geschlossener VW sind U nur Zwischengrößen. HH tragen Last
- **Ausweichung:** Lenkung wird verhindert, falls nicht vorhergesehen (z.B. Ökosteuern: $p?$ sollte an Konsumenten gehen)
- Verteilungsziel braucht Daten über Träger
- GG: sektorale Neutralität: Verbrauchssteuer, die nur einen Sektor trifft und nicht überwälzbar ist, verstößt gegen GG

Steuerinzidenz: eine Steuer muss im Zusammenhang gesehen werden: Wirkung, Überwälzung, Zusammenspiel mit anderen Steuern

- Überwälzung kann gewollt sein (TabakSt): Steuerzahler ist Industrie, Steuerdestinatar ist Raucher
- Inzidenzanalyse: wer zahlt Steuer wirklich (effektive/tatsächliche Inzidenz)
- Arten der Inzidenz: absolute/spezifische (Wirkung einer Steuer), differenzielle (Steuervergleich), Budget (Wirkung von Steuer und damit bezahlten Ausgaben)
- FaktorSt (Einkommensentstehung: Faktormobilität, Substitute) oder GüterSt (-verwendung: Konsumstruktur, Elastizität)
- Breitere Steuern leichter überwälzbar, da weniger Ausweichmöglichkeiten (Substitution bei TabakSt leichter möglich)
- Sätze müssen bei schmalen Steuern für gleichen Ertrage höher sein
- Optimale Besteuerung: keine Substitutionsmöglichkeit
- Betrachteter Zeitraum: kurz (Substitute...), lang (Kapazitätsanpassung)
- Je elastischer NF/unelastische AN → AN trägt Steuerlast
- **Excess Burden:** spezifische Verbrauchssteuer kostet mehr Wohlfahrt als Steuereinkommen, da Verbraucher auf Substitut ausweichen muss → Nutzenverlust
- **Regionale Inzidenz:** fremde Firma → kaum Nutzen für die Region
- Marktform: Monopole können entstehen (Grenzanbieter verschwinden)
- Verbrauchssteuern werden langfristig immer auf Konsumenten/Arbeitnehmer überwälzt (Grenzanbieter scheiden aus, Marktmacht steigt, oder Oligopol mit Preisführerschaft)
- Träger: Einkommensklassen, Warenkorbanalyse, schichtenspezifischer Verbrauch
- Regressive Belastung bei hohem Einkommen, da Konsumanteil geringer
- **Budgetinzidenz:** gesamtes Budget muss zugerechnet werden: Wo kommt Geld her, wo geht es hin
- Regionen müssen anteilig bedacht werden, Reichen nützt Verteidigung mehr
- Marginalansatz: zusätzliche Ausgabe hat welche Inzidenz/zusätzliche Einnahme
- Proportionalansatz: \emptyset Ausgaben sind proportional zu Budgetsparte, Gesamtbudget...

Staatliche Intervention

Umverteilung:

- Progression nützlich für Umverteilung: höherer Lohn → höherer Steueranteil
- Problem: Inflation → Steuerbelastung steigt, da Einkommen? → Lösung: indexieren
- Bessere Umverteilung je komplexer ESt ausgestaltet wird (aber Erhebungskosten?)

- Abzüge (von der BMG, Steuerlast), Freibeträge (mindern BMG), Freigrenze (ab Überschreitung greift Steuer voll)
- ESt: soziale Vermessung der HH, ideal für Umverteilung (trifft alle HH)
- USt: Verteilung über zwei Sätze, ermäßigter Satz trifft eher arme (langfristig gelingt die Überwälzung meist → Umverteilung ist schwer, Schichtenspezifisch möglich)
- Unternehmensbesteuerung ist für Umverteilung ungeeignet, da Überwälzung in Höhe und Richtung praktisch nicht abzuschätzen
- LuxusSt: wird leicht umgangen
- VermögensSt: ErbschaftsSt, trifft Reichere, Vermögensbildung gewollt
- Subventionen (Empfänger unklar), Sozialausgaben (gut, Problem Vorteilswegnahme: Empfänger reicht weiter), nichtmonetäre Hilfen (Gutscheine, Problem der Präferenzen), Leistungserstellung (durch den Staat), Leistungsabgabe (Förderung von Leistungen für untere Einkommenschichten), Verordnungen (Recht: billig)
- **Negative ESt:** statt Sozialtransfers wird bei Unterschreiten eines Einkommens eine Steuer gezahlt statt erhoben
- Transparent, einfach zu verwalten, Individuen bestimmen über Mittelverwendung selbst, keine Eingriffe durch die Politik

Ausgaben als Instrument:

- **Sachausgaben:** Investitionen als direkte NF (public works), braucht unausgelastete Kapazitäten
- Problem mit time-lag: Investitionen müssen noch im Abschwung erfolgen
- Lösung z.B. über Schubladenprogramme, die sofort erfolgen können
- Wirkung: U fragen Vorleistungen nach → Einkommenseffekt (NF entsteht, gewollt), Kapazitätseffekt (AN wird geschaffen, ungewollt → deflationäre Lücke wächst)
- Investitionen sind gefährlich, Ziel ist Einkommens- ohne Kapazitätseffekt
- Im Föderalismus: Mitfinanzierung
- Mitnahmeeffekte: gefördert wird, was schon geplant war
- Verwendung von Steuermitteln für Investitionen haben expansiven Effekt auf die VW
- U erwarten von Konjunkturprogrammen nur kurzfristige Wirkungen: Lagerabbau, Überstunden statt Arbeitsplätze
- **Personalausgaben:** nicht direkt NF-wirksam
- Personen entscheiden selbst (Konsum-, Sparquote)
- Wegen der Höhe sehr gewichtig
- Problem: Steigerung des Lohnsatzes: Gleichbehandlung mit Wirtschaft geht verloren
- Steigerung des Personalbestandes: Leute müssen auf Zeit eingestellt werden (ABM)
- **Verstetigung:** Konstanz normaler Staatstätigkeit, Sonderprogramme für Rezession
- Besonders höhere Lohnsteigerungen im Boom lösen NF-Schübe aus
- **Konsumquoten:**
- Gesamtwirtschaftlich, individuell, gruppenspezifisch
- Psychologischer Effekt: Pessimismus → KQ?, Optimismus → KQ?
- Unter NF-Aspekten darf nicht Staatstätigkeit betrachtet werden, Trennung Sach-, Personalausgaben
- **Subventionen:** Transferzahlungen mit Lenkungscharakter
- Wenig time-lag, eingespielte Verfahren, bekannt
- Ziel: NF nach Investitionsgütern
- Einkommenseffekt: IG werden geschaffen, Investitionen sollen schnell erfolgen
- Kapazitätseffekt: deflationäre Lücke wächst, Kapazität soll erst später anfallen, am Besten im Boom, wo auch NF steigt → Preise bleiben stabil
- Inzidenz beachten: Finanzierung kann Wirkung nivellieren

- Haavelmo-Theorem: ausgeglichenes Budget ($E=A$), Investitionen finanziert über Steuern → expansives Volkseinkommen um Investitionsbetrag
- **Steuersenkung:** Wirkung auf Konsumquote
- Gewinnsteuern: wie Subventionen, Verwendung kann gut gesteuert werden (AfA, Freistellungen) → zusätzliche Investitionen
- Gefahr vor Mitnahmeeffekten
- Fühlbarkeit: mehr Ausgaben werden stark wahrgenommen, Steuersenkungen nicht
- Verbrauchssteuern: $p?$, Handlung des Staates wird nicht direkt wahrgenommen, wirkt praktisch nicht
- **Kreditfinanzierung:**
- Ziel: Finanzierung ohne negative Nebeneffekte
- Inzidenz: deflationäre Lücke wird größer
- Nur in der Rezession, Missbrauchspotential hoch
- Statt Vermögen wird Liquidität abgeschöpft
- Weitere Anlagemöglichkeit für Investoren
- Rezession: haben Banken Geld übrig → keine negativen Nebeneffekte (idle money)
- Funktioniert bis NF steigt: Geld wird abgeschöpft, dass für Konsum gebraucht wird (crowding-out effect)
- Konjunktur- und Wachstumsziel: Kreditaufnahme/Tilgung beeinflusst HH, U
- Distributionsziel: Verteilung über Zinsen
- Vermeidung von Steuerwiderstand
- Zins/Steuer-Quote und Zins/Ausgaben-Quote: Haushaltsflexibilität
- Kreditfinanzierungsquote und Neuverschuldung: Indikator für Finanzprobleme

Wirtschaftspolitik:

- **Deficit spending:** lohnt bei geringer Kapazitätsauslastung und hoher Arbeitslosigkeit
- NF? → Einstellungen → Volkswohlstand? → NF?; Konsum-, Investitionsneigung?
- Staatsnachfrage kommt nur bestimmten Bereichen zugute
- $NF(\text{Vollbeschäftigung}) - NF(\text{aktuell}) > 0$: Deflationäre Lücke, muss gefüllt werden
- < 0 : inflationäre Lücke, Dämpfung der Konjunktur notwendig
- **Boom:** Inflations-, kein Arbeitslosenproblem
- Ausgabenkürzung, weniger Infrastruktur
- ESt: soll Konsum senken, Leute entsparen
- GewinnSt: soll Liquidität in U abziehen → senkt Investitionen
- Keynes: Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals: Rendite der Investitionen sinkt
- USt: erhöhen Preise, Inflation verdeckt das
- **Wachstum** soll Wohlstand erhöhen, reales Sozialprodukt
- Produktionspotential $>$ Sozialprodukt → Konjunkturpolitik, um Sozialprodukt zu erhöhen möglich
- Soll PP erhöht werden, muss langfristiger geplant werden
- Potentialfaktoransatz: Wachstum ist von PF und Fortschritt abhängig
- Solow, Swan 50/60er Jahre: A und K sind substituierbar
- Wachstum ist PF-Mengenausweitung oder Mehr Output pro PF (Fortschritt)
- Technischer Fortschritt ist autonom (exogen) oder induziert (endogen, durch Preisänderung oder Investition); gebunden (an Kapital und Ausbildung) oder ungebunden (Organisationseffizienz)
- Mengenausweitung erklärt längeres Wachstum nicht mehr → Innovation (Lebenszyklusmodelle, Wachstum als Evolution): Kultur, Rechtssystem, Lerneffekte, Unternehmertum...

- Strategische Faktoren (indirekt) und Instrumente (direkt beeinflussbar): Kapital (s.F.: Investitionsförderung, I: staatliche Investitionen), Arbeit (s.F.: Wipol, I: ABM), TF (s.F.: Innovationsförderung, I: Verwaltungsmodernisierung)
- Ziel: gewünschte Investitionen: z.B. über Finanzierungsmöglichkeiten (AfA, Steuersätze auf einbehaltene Gewinne, Förderung von Aktien, Geldpolitik → Liquidität von Banken, Zinsen, Investitionsbeihilfen), Investitionsbereitschaft (Investitionsklima, Steuersystem, Sparquote)
- **Staatliche Investitionen:** Darlehen etc., Infrastruktur (Produktion von Produktionsvoraussetzungen: Bildung, Gesundheit...) – Nutzung ist monetär nicht zu bewerten, daher kein Eingang ins Sozialprodukt → Erhöhung des privaten PP (Bildung kommt auch U zugute)
- Eingriffe: Umfang, Struktur, Auslastung
- Umfang: keine Theorie über optimalen Staatsanteil, Folgekosten wichtig
- Struktur: Gefahr von Substitution privaten Angebotes
- Auslastung: Schulpflicht, Anreize
- Investitionen verringern Konsum. Dient die Investition eher späteren Generationen, könnte Verschuldung besser sein als Steuern (Steuerwiderstand) → aber Ressourcen müssen jetzt schon aufgebracht werden, außerdem werden Vermögenstitel und Schulden vererbt → kein intergenerativer Transfer
- Nutzeneinbuße in der Zukunft, da dann Steuern? (Buchanan)
- Wachstumseinbuße in der Zukunft, wegen Steuern Konsumverzicht
- **Arbeitsmarkt:** Anzahl der Arbeitsplätze, Qualifikation, Verteilung
- Für Wachstums-, Konjunkturpolitik, Bekämpfung struktureller AL (regional, sektorspezifisch)
- **Förderung technischen Fortschritts:** Theorie der öffentlichen Güter: Aus öffentlichem Interesse (z.B. Wissensbasis oder Vermeidung von Umweltschäden)
- Förderung führt oft zu Mitnahmeeffekten, daher Setzen von Rahmenbedingungen und Unterstützung der Marktkräfte besser, Gefahr von Interventionismus
- Schumpeter: Invention, Innovation, Imitation (meist von neuen U) → Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas (z.B. Marktzutrittsschranken, Finanzierung, Bürokratie)
- Invention: staatliche Grundlagenforschung, Subventionen, Patent-, Steuerrecht (Verlustvortrag, Gewinn-, statt Umsatzsteuern)
- Innovation: Vorreiterrolle beim Einsatz, Kollektive Risikoübernahme (privat wegen z.B. hoher Fixkosten nicht sinnvoll, gesamtwirtschaftlich aber sehr wohl → Anschubfinanzierung, dann geht es privat weiter)
- Imitation: Patentrecht, kommunale Technologieparks (Diffusion technischen Wandels)
- Rolle der Finanzierung an Fortschritt ist recht gering
- Wettbewerbsförderung kann Fortschritt fördern (optimale Wettbewerbsintensität)
- **Kritik:** Weder Potentialfaktor-, noch Innovationsansatz sind empirisch untermauert, nur Tendenzaussagen möglich (Scheint ein PF Engpassfaktor → Investitionsförderung für diesen PF; Faktormix unklar → Innovationsförderung)
- **Strukturwandel:** ist Marktwirtschaftsimmanent
- NF: Einkommen? → ? Konsumstruktur AN: Fortschritt → ? Angebotsstruktur, ? Organisation, staatliche Eingriffe, historische Ereignisse
- 3-Sektoren-Hypothese
- Industriepolitik, wenn man glaubt, Wachstumsmarkt zu kennen
- **Subventionen:** Auflagen (Empfang (Hektarzahl, Kennzahlen), Verwendung (Verhalten, Verwendung),

- Subventionen werden meist zu lang bezahlt, daher Quotitätsprinzip (gefördert wird, wer Merkmale erfüllt → wird immer teurer) → Repartitionsprinzip (Festlegung der Summe, dann Verteilung)
- **Regionale Strukturpolitik:** aktiv (Infrastruktur: wirtschaftsnah (Verkehr, Kommunikation), haushaltsnah (Bildung, Gesundheit); Ansiedlung (Steuern, Subventionen)), passiv (Umschulungsmaßnahmen, Absicherung sozialer Härten)
- **Messung** ist schwierig. Inzidenz der Finanzströme (welche Region wird bevorzugt), welche Ströme sind relevant, Überwälzungen
- **Allgemeine Kritik:** Verlagerung von Investitionsentscheidungen und Risiko zum Staat, Änderung der Wirtschaftsordnung. Daher Förderung globaler und nicht nach Sektoren, Regionen besser

Schutz der Umwelt: Umwelt wird als knapper wahrgenommen

- Nicht-Ausschließbarkeit (→ Trittbrettfahrer), keine Rivalität im Konsum
- Öffentliche Güter: Konsumentenpräferenzen funktionieren
- Meritorische Güter: Staat bietet aus Einsicht an
- Umwelt ist meritorisches Gut: Präferenzen kaum ausgeprägt
- Probleme erscheinen oft regional, summieren sich aber
- Viele Länder können sich selbst nicht helfen
- **Pigou:** Pigou-Steuer zur Internalisierung negativer externer Effekte → Verursacher zahlt
- Grenzsteuer entspricht externen Grenzkosten → Einkommen schrumpft auf realistischen Wert, Pigou-Subvention analog → Produktion wird angepasst
- Pigou sieht einseitige externe Effekte Verschmutzer → Verbraucher
- Kritik: Schaden und Nutzen nicht berechenbar
- Lösung: Parlament verhandelt über Grad der Internalisierung (Verbot von Emission verhindert Produktion), Emissionsminderungsziele werden festgelegt, die Steuer wird jeweils angepasst, bis das Ziel erreicht wurde
- Steuer bringt immer Einnahmen, da sie nur Preise anpasst
- **Coase:** Menschen wollen Entwicklung, egal, wer zahlt → Verhandlungen über Anteil
- Coase sieht wechselseitige externe Effekte → zwei Nutzer (z.B. Genießer und Produzent), die ihren Nutzen bewerten
- Coase-Theorem: Lösungsansätze gleich „gut“, direkte Verhandlungen vs. Parlamentsbeschluss (Verhandlung über Vertreter)
- Funktioniert nur ohne Transaktionskosten
- **Grenzkosten** der Umweltpolitik steigen mit jeder zusätzlichen Einheit stärker
- Verursacherprinzip: ppp = polluter pays principle
- Greift nicht, wenn Verursacher unbekannt oder zahlungsunfähig
- Nutznießerprinzip: Konsument zahlt: Laisser-faire
- Anthropozentrismus vs. Naturzentrismus
- Gemeinlastprinzip: Positive externe Effekte: z.B. Landschaftspflege durch Bauern
- Beseitigt weder Verursacher, noch Staat, trägt der Bürger oder die Natur
- Kooperationsprinzip: Vereinbarungen, private Überwachung (z.B. TÜV)
- Effizient: Staat gibt Ziel vor, Weg wird verhandelt
- **Ordnungsrecht:** Ge- und Verbote
- Stand der Technik bestimmt Vorgaben, kein Anreiz weiter zu schützen → Recht behindert Fortschritt
- **Ökonomische Instrumente: Verhandlung:** Verursacher zahlt an Betroffene
- **Klage:** einklagbare Ansprüche
- **Verursacherhaftung:** steuert Investitionen in andere Bereiche

- **Emissionszertifikate:** Umwelt bekommt Preis, Schadstoffmenge wird anfangs reglementiert
- **Kooperation:** Selbstverpflichtung, Verursacher sucht für ihn günstigsten Weg; besonders bei globalen Problemen, da es kaum verbindliches Recht gibt
- **Aufklärung:** Umweltethik bei Unternehmen und Bevölkerung
- Verursacherprinzip: Lenkungsabgaben: Steuern (Pigou) → Unternehmen oder Verbraucher entscheiden nach ihren Kosten, ob sie vermeiden oder die Abgabe bezahlen → Schadstoffreduktion erfolgt zu günstigsten Kosten
- Im Gegensatz zum Ordnungsrecht besteht der Anreiz zur Reduktion immer, nicht nur bis zum Unterschreiten der festgelegten Menge
- Nachteil: langfristig, da Steuern erst angepasst werden müssen, kann leicht verzögert werden
- Überwälzung: Steuer schmälert Gewinn. P? → Substitute, sonst erhöht Vermeidung den Gewinn
- **Verursacherprinzip:** Lenkungsabgaben: Abgaben durch Ordnungsrecht: beschleunigen Vermeidung zur angegebenen Grenze, Anreize durch Abgabe auf Restverschmutzung möglich
- Statische Effizienz: preiswerteste Vermeidungsmaßnahme wird gewählt
- Dynamische Effizienz: Anreiz neue Vermeidungsmaßnahmen zu entwickeln
- Haftung: Übergang von der Verschuldungs- (wer hat verschuldet) zur Gefährdungshaftung (Mitschuld, Versicherungen, diese versuchen Gefährdung zu minimieren → Innovation, Effizienz)
- **Problem** bei Umweltabgaben im Steuersystem: Entzugseffekte im privaten Sektor müssen ausgeglichen werden ohne Anreizwirkung zu beeinträchtigen
- Erosion der BMG: Einnahmefunktion fällt durch Substitute und Verhaltensänderung mit der Zeit weg
- Zielkonflikte von umwelt-, wirtschafts- und Sozialpolitischen Zielen
- Verteilungskonflikte, da p? → Inflation
- Anstelle von Steuern und Abgaben können auch **Subventionen** gezahlt werden. Wirkungen sind dieselben und auch hier ist eine Kombination mit dem Ordnungsrecht denkbar
- Subventionen müssen von der Allgemeinheit gezahlt werden
- Höhere Kosten sorgen für Marktaustritte von Grenzanbietern, Subventionen können zu Markteintritten führen, obwohl Verschmutzung nicht gewollt ist
- **Gemeinlastprinzip:** z.B. wenn Verursacher nicht auffindbar oder Belastung nicht gewollt
- Staatliche Beihilfen, Forschung, Subventionen, staatliches Beschaffungswesen

Ausgewählte Fragen der Finanztheorie

Allokationstheorie: Theorie der öffentlichen Güter:

- Globale Staatsquote etwa 50%
- Ökonomische Staatsmodelle:
 - Minimalstaat: praktisch nur innere und äußere Sicherheit
 - klassisch liberal: Smith et al.; Verteidigung; Justiz; Infrastruktur, wenn Kosten > Nutzen
 - Ordo-Liberalismus: Eucken, Müller-Armack; obiges und Ordnungspolitik
 - Wohlfahrtsstaat: obiges und soziale Sicherung; Stabilitäts- und Wachstumsziel; Allokation für ausgeglichene Vermögensverteilung
- Staatsentstehungstheorien:
 - Hobbes: Urzustand (Anarchie) → Nutzen durch Unterwerfung (z.B.

- Eigentumsgarantie) → Staat → Buchanan: Verfassungsstaat ist Rechtsstaat (Vertragsfreiheit; Eigentumsrechte) und Leistungsstaat (Produktion öffentlicher Güter)
- Hayek: Entstehung sozialer Ordnung durch spontane Ordnung (ohne menschlichen Plan, sondern durch menschliches Handeln → Durchsetzung des besten Systems)
 - Gründe für staatliches Handeln (Musgrave):
 - Stabilisierungs-: Abmilderung von Unter- und Überproduktion
 - Verteilungs-: Garantie von Gerechtigkeit
 - Allokationsfunktion: Korrektur oder Milderung von Marktversagen
 - Allokationsfunktion → Theorie des Marktversagens → unvollständige Information (adverse Selektion und moral hazard) oder vollständige Information (Skaleneffekte; externe Effekte; öffentliche Güter [reine; Mautgüter; Allmendegüter])
 - **Ansatzpunkte für staatliches Handeln:**
 - 1. Ansatzpunkt: Marktversagen: staatliche Aufdeckung individueller Präferenzen bei öffentlichem Angebot:
 - angebotsseitiges Marktversagen: es gibt kein privates AN, da Nichtanwendbarkeit des Ausschlussprinzips
 - nachfrageseitig: es soll kein privates AN geben, da es wegen Nichtrivalität im Konsum ineffizient wäre
 - 2. Ansatzpunkt: Marktunvollkommenheiten: staatliche Ergänzung individueller Präferenzen bei privatem AN:
 - privates AN oder NF sind wegen externer Effekte zu gering oder zu hoch
 - steigende Skalenerträge bzw. sinkende Grenzkosten
 - Markt könnte grundsätzlich AN erstellen, asymmetrische Informationsverteilung oder TAK verhindern ein paretooptimales AN
 - 3. Ansatzpunkt: meritische Güter: staatliche Umbewertung individueller Präferenzen
 - **Aussagegehalt der Theorie der öffentlichen Güter:**
 - 1. Normative Theorie staatlichen Handelns (Wie soll es sein) → Problemfälle:
 - 1.1. Werturteilsproblematik
 - 1.2. politische Entscheidungsverfahren bleiben unberücksichtigt
 - 2. Positive Theorie staatlichen Handelns (Wie ist es) → Problemfälle:
 - 2.1. Marktversagen liegt vor:
 - 2.1.a Staatseingriff findet nicht statt (z.B. Schutz von Umweltgütern)
 - 2.1.b Staatseingriff findet statt (z.B. Landesverteidigung)
 - 2.2. Marktversagen liegt nicht vor:
 - 2.2.a Staatseingriff findet nicht statt (z.B. staatliche Produktionsplanung)
 - 2.2.b Staatseingriff findet statt (z.B. Landwirtschaft; Hochschulbildung) → verteilungspolitische; meritische; demeritorische Güter
 - **Bereitstellung öffentlicher Güter unter Berücksichtigung des politischen Entscheidungsprozesses:**
 - 1. Marktversagen liegt vor:
 - 1.a Staatseingriff findet nicht statt → wenn die individuellen Präferenzen zu heterogen sind, kann es durch zu hohe Verhandlungskosten zu keinen Mehrheiten kommen, selbst wenn staatliches Handeln erwünscht wäre
 - 1.b Staatseingriff findet statt → die politischen Entscheidungsträger (Bürger) orientieren sich auch bei der Bereitstellung öffentlicher Güter an individuellen Kosten-Nutzen-Abwägungen → kollektive Beschlüsse gibt es nur, wenn öffentliche Bereitstellung billiger als privates Handeln ist
 - 2. Marktversagen liegt nicht vor:
 - 2.a Staatseingriff findet nicht statt → siehe 1.b
 - 2.b Staatseingriff findet statt → bei einfachen Mehrheitsregeln können Mehrheiten

bestimmten Wählergruppen Konsumentenrentengewinne auf Kosten anderer Gruppen verschaffen (Umverteilungskoalition)

- Fazit: 1.b und 2.a sind unproblematisch; 1.a und 2.b dagegen sehr problematisch

Allokationstheorie: Theorie der öffentlichen Güter: Theorie des Marktversagens:

- **Marktversagen:**
- Markt alloziert effizient unter bestimmten Bedingungen → Staat unnötig vs. Markt unvollkommen oder versagend → Staat gefragt (Ableitung normativ vs. rein güterbezogen)
- Güterarten:
 - private Güter: Ausschluss möglich und Rivalität im Konsum
 - reine öffentliche Güter: weder Ausschluss möglich, noch Rivalität
 - Allmendegüter: kein Ausschluss möglich, aber Rivalität
 - Mautgüter: Ausschluss möglich, aber ab dann keine Rivalität
 - → Private Güter haben $GE=GK$; Allmendegüter neigen zur Überlastung
- **Marktunvollkommenheiten:**
- 1. externe Effekte: Staat als Reparatuer soll Paretooptimum herstellen:
 - 1.1. Welche externen Effekte gibt es? Positive vs. negative; technologische (keine Verrechnung → kein Marktausgleich → kein Paretooptimum) vs. pekuniäre (Ausgleich über den Markt findet statt → ein Produkt verdrängt ein anderes); Produktions- vs. Konsumbereich
 - 1.1. Wo treten sie auf? Feststellung → Ausmaß der Schädigung → Prüfung gesellschaftlicher Normen; z.B. werden Wohlfahrtswirkungen oft nicht verrechnet ($U_A=f(x_A, x_B, \dots)$)
 - 1.1. Sollen sie internalisiert werden? Grundsätzlich ja → Paretooptimum; Verhinderung negativer und Förderung positiver externer Effekte
 - 1.1. Wie können sie internalisiert werden? Pigou (staatlicher Eingriff per Steuern; Subventionen oder Gesetze) vs. Coase (private Einigung per Bargaining-Prozess)
 - 1.1. Welche Rolle spielt der Staat dabei? Siehe 2.1.d
- 1.2. Skaleneffekte der Produktion: $K'?$ → $DK?$ → nur größter überlebt → natürliches Monopol → Paretosuboptimum
- 1.3. adverse Selektion und moral hazard (Bsp. Versicherungsmärkte)
 - adverse Selektion: Abwanderung der gesunden Mitglieder schadet Versicherung mit gutem Angebot
 - moral hazard: nach Abschluss der Versicherung lässt die Sorgfalt der Versicherten nach
- **Meritorische Güter:** Staat sieht verzerrte Konsumentenpräferenzen (normativ; z.B. Alkohol) und korrigiert diese per Eingriff in die Privatwirtschaft:
- 1. unvollständige Information: aufgeklärte Elite zwingt Masse → nachträgliche Legitimation; rechtfertigt jeden Eingriff
- 2. Umverteilungsgüter: Umverteilung durch Steuern
- 3. unlösbare Verbindung öffentlicher und privater Güter: z.B. Impfschutz (privat) → Schutz vor Epidemien (öffentlich) → Trittbrettfahreneffekt); ist eigentlich Marktunvollkommenheit
- 4. Mehrheitsdemokratie: Mehrheit schafft öffentliches AN → Minderheit wird meritorisiert (sind Kosten der Demokratie und damit nicht zu vermeiden)
- Probleme bei Staatseingriffen:
 - teuer
 - fehlendes Wissen des Staates über Präferenzen (Anmaßung von Wissen)
 - Rent-Seeking und Lobbyismus

- Eingriff in Konsumentenpräferenzen und private Entscheidungsfreiheit → Widerspruch zum methodologischen Individualismus
- **Grenzen der Theorie des Marktversagens:**
- Positive Analyse: Marktversagen → staatliche Intervention; gut sind Staatseingriffe bei Marktversagen und deren Ausbleiben bei funktionierenden Märkten; schlecht sind Staatseingriffe bei funktionierenden Märkten oder deren Ausbleiben bei Marktversagen
- Normative Analyse:
 - laut Weber kann Wissenschaft nur sagen, was ist und wie es ist, nicht was sein soll
 - → politische Entscheidungsprobleme: nur Auswirkung von Regeln kann durch Wissenschaft erklärt werden

Allokationstheorie: Ökonomische Theorie des Föderalismus:

- **Theorie des Wettbewerbsföderalismus:**
- Tiebout-Modell (interkommunale Konkurrenz): auf nationaler Ebene braucht es zwar politische Koordinierungsmechanismen für öffentliche Güter, aber auf lokaler Ebene ist politische Koordination - unter restriktiven Annahmen - durch eine Marktlösung, nämlich Wanderungsbewegungen der Bevölkerung, ersetzbar („Abstimmung mit den Füßen“ - voting by feet)
- Konzepte des institutionellen Wettbewerbs:
 - dezentraler Wettbewerb löst das Effizienz- und Wissensproblem (Innovation)
 - dezentraler Wettbewerb wirkt auf alle staatlichen Regulierungsleistungen
 - das Mobilitätsverhalten ist nicht allein vom öffentlichen AN abhängig
 - dezentraler Wettbewerb verbessert sowohl die „Exit“-, als auch die „Voice“-Optiom
 - es gibt Interdependenzen zwischen Wettbewerb auf privaten Märkten und dem Wettbewerb im öffentlichen Sektor
- Modellannahmen:
 - 1. vollkommen mobile Bewohner in den Gemeinden: keine Wanderungskosten; Auswahl des Wohnortes nach persönlichen Präferenzen zu öffentlichen AN und Abgaben
 - 2. vollständiges Wissen über Leistungen und Belastungen aller Gemeinden
 - 3. exogen vorgegebene Einkommensverteilung
 - 4. viele Gemeinden, um ein breites Spektrum der AN sicherzustellen
 - 5. keine Spill-Over-Effekte (überörtliche externe Effekte)
 - 6. für jedes Angebotsbündel gibt es eine optimale Gemeindegröße → geringste Durchschnittskosten bei optimaler Nachfrageranzahl
 - 7. Gemeinden, die ihre optimale Größe nicht erreicht haben, werden durch Begrenzung oder Förderung der Zuwanderung diese zu erreichen versuchen
- Funktionsweise des Modells:
 - Konsumenten legen ihre Präferenzen durch Wahl des Wohnortes fest → öffentliches AN passt sich dem an
 - interkommunale Konkurrenz und Interesse der kommunalen Manager (Politiker, Verwaltung) am Erhalt ihres Arbeitsplatzes sichern die kostenminimale Bereitstellung der lokalen öffentlichen Güter
 - Idealfall: homogene Präferenzen innerhalb einer Gemeinde → politische Abstimmungsprozesse überflüssig
- Dezentralisierungstheorem: Wenn ein öffentliches Gut in abgeschlossenen Teilräumen angeboten werden kann und wenn dessen Erzeugungsgrenz- und -durchschnittskosten bei jedem Outputniveau in jedem Teilraum die gleichen sind, unabhängig davon, ob die Leistung zentral oder dezentral erzeugt wird, dann ist es immer effizienter oder wenigstens gleich effizient, wenn lokale Regierungen die an die jeweilige NF

angepassten Outputs bereitstellen, als wenn die Zentralregierung einen einheitlichen Output (wie groß er auch immer sei) bereitstellt.

- **Theorie des Fiskalföderalismus:**
- Effiziente Verteilung staatlicher Aufgaben zwischen den Staatsebenen nach Maßgabe der räumlichen Inzidenz des Leistungsangebotes
- → Prinzip der fiskalischen Äquivalenz:
 - Allokationsziel: zentrales öffentliches AN aufgrund räumlich externer Effekte oder steigender Skalenerträge vs. dezentrales AN aufgrund heterogener Präferenzen oder sinkender Skalenerträge
 - Stabilisierungsziel: dezentrale Stabilisierungsmaßnahmen erzeugen häufig Spillover-Effekte → Anreize zu dezentraler Stabilisierungspolitik gering → zentralstaatliche Regelung
 - Verteilungsziel: dezentrale Verteilungspolitik → Wanderungsbewegungen ärmerer Bevölkerungsschichten in Gemeinden mit hoher Umverteilungsintensität und reicherer Schichten von diesen weg, um der höheren Besteuerung zu entgehen → zentralstaatliche Regelung des Verteilungsziels
- **Politökonomische Theorie des Föderalismus:**
- Entscheidungsfindungsprozesse des politischen Systems und deren gesellschaftliche Voraussetzungen werden untersucht
- 1. Föderalismus trägt zur Erhaltung von regional gebundenem sozialen Kapital in Form einer homogenen politischen Kultur und gemeinsam geteilter Werte (Ideologien) bei
- 2. Dezentralisierung des politischen Systems führt zu einer Reduktion politischer TAK:
 - politische Minderheiten erhalten eine Chance zur Durchsetzung ihrer Interessen → sinkende Frustrationskosten
 - größere Transparenz auf der dezentralen Ebene erschwert Politikern und Bürokraten das Verfolgen eigennütziger Interessen → sinkende Kontrollkosten der Wähler
 - Anreize der Bürger zu politischer Partizipation sind wegen relevanter politischer Ereignisse wesentlich höher → sinkende Informationskosten
 - bei heterogenen gesellschaftlichen Interessen → sinkende Konsensfindungskosten

Allokationstheorie: Theorie des optimalen Budgets:

- Ziel: Ableitung des optimalen AN öffentlicher Güter aus Bürgerpräferenzen
- **Partial-analytische Betrachtung:**
- Optimales AN privater Güter [Grafik 1]:
 - Modell mit zwei Individuen (A; B); aggregierter NF (NF_{A+B})
 - effizient, da für alle Grenzkosten = Grenznutzen
- Optimales AN öffentlicher Güter [Grafik 2]:
 - Modell mit zwei Individuen (A; B); marginalen Zahlungsbereitschaften als NF-Ersatz
 - Nichtausschließbarkeit im Konsum → vertikale statt horizontale Addition
 - effizient, da insgesamt Summe der Grenznutzen = Summe der Grenzkosten (Samuelsons Bedingung für die Bereitstellung öffentlicher Güter)
- Fazit:
 - privat: gleicher Preis; verschiedene Mengen
 - öffentlich: gleiche Mengen; verschiedene Preise
- **Allgemeiner Gleichgewichtsansatz (Samuelson, 1954):**
- Annahmen:
 - 2 Personen oder Gruppen mit ordinalen Präferenzen → Indifferenzkurvenschar
 - Transformationskurve als Verhältnis der Produktion

- Ziel: Wahl der Mengen an privaten und öffentlichen Gütern
- Ablauf: [Grafik 3 und 4]
 - A offenbart seine Präferenzen und wählt a_2 aus der Indifferenzkurvenschar aus
 - Übertragung auf die Transformationskurve → Fläche zeigt Lösungsraum (maximale verfügbare Kapazität für die Produktion für B) auf
 - Übertragung der Fläche zu B → B wählt Präferenz b_2 → B übernimmt die 0 bis C öffentlichen Güter von A und will damit C bis E private Güter
 - Übertragung auf die Transformationskurve → öffentlich werden 0 bis C produziert und privat $C+D=E$
- Probleme:
 - Wer muss zuerst offenbaren und wer darf damit für ihn mitentscheiden?
 - es gibt so viele paretooptimale Punkte wie es Indifferenzkurven gibt und damit jeweils andere Verhältnisse öffentlicher zu privater Güter und anderer Aufteilung der privaten Güter → optimales Optimum kann nicht gefunden werden
- Musgrave: versuchte Intervall auf der Transformationskurve zu definieren, um Wahlmöglichkeiten einzuschränken → Einführung von auf die Individuen aufgeteiltem Gesamteinkommen → Wahl der Indifferenzkurve ist nicht nur vom anderen abhängig (je größer die Einkommensunterschiede → desto kleiner das Intervall → hat A kein Einkommen, setzt B den Punkt alleine; je größer die Präferenzunterschiede → desto größer das Intervall → gibt es nur eine Präferenz, gibt es nur ein Optimum)
- **Relevanz kollektiver Entscheidungsregeln:** [Grafik 5]
- C sei der ursprünglich gewählte Punkt der Aufteilung
- T; V; W; X sind Nutzensgrenzen, an denen nur A oder B Nutzen hätte
- Politische Entscheidung notwendig, wie bei Sprung auf die Nutzenkurve U_2 die neue Aufteilung sein soll:
 - Einstimmigkeitsregel: von C wegen Pareto nur in Richtung Y und Z
 - Mehrheitsregel: hat A die Mehrheit Richtung X; hat B die Mehrheit Richtung W
- → es gibt keine aus den Präferenzen der Individuen ableitbare Lösung

Ökonomische Analyse der finanzpolitischen Willensbildung:

- 3 Wege:
 - formale Analyse des Rechtsrahmens (Verfassung; Haushaltsrecht...)
 - Finanzpsychologie (Schmölders): soziale Interaktion; Motive; Verantwortung der Individuen; kein homo oeconomicus; aber wie oben keine Überprüfung der Effizienz
 - NPÖ (Public Choice): Verwendung ökonomischer Instrumente und Methoden wie mikro- und makroökonomische Modelle; Verhalten unter Restriktionen (Schumpeter; Downs; Buchanan)
- **Nachfrageorientierte Ansätze der NPÖ:** Gesamtheit der Wähler oder einzelne Interessengruppen als Ausgangspunkt → Politik ist die Umsetzung von Wähler- oder Gruppeninteressen
- **Medianwählermodell von Downs:**
- Annahmen:
 - 1. Politiker streben nach Machterhalt → Stimmenmaximierung
 - 2. Wähler wollen Nutzenmaximierung
 - 3. es gibt 2 Parteien mit je einem eindimensionalem Programm
 - 4. Wähler haben eindeutige Präferenzordnung
 - 5. Wähler und Politiker sind vollständig informiert
 - 6. permanente Wahlen mit 100% Wahlbeteiligung
- Ablauf: jeder Bürger hat die gleiche Stimme mit gleichem Gewicht → politische Programme orientieren sich an den Präferenzen des Medianwählers, weil dieser in

Mehrheitsdemokratien die ausschlaggebende Stimme besitzt (Wanderung zur Mitte, um möglichst viele Wähler zu erreichen)

- Fazit:
 - 1. es existiert ein stabiles politisches Gleichgewicht → über den Wahlausgang entscheidet eher der Zufall
 - 2. Parteiprogramme konvergieren → es entscheidet eher Charisma etc.
 - → statt klarer Entscheidungen dominiert „sowohl als auch“
 - Kritik:
 - 1. mehrdimensionale Parteiprogramme → verschiedene Medianwählerpositionen → kein stabiles Gleichgewicht mehr
 - 2. Politikverdrossenheit wegen Unerheblichkeit der Wahl → Wahlbeteiligung?
 - 3. >2 Parteien → große Parteien verlieren durch Bewegung zum Medianwähler Stammwähler an Randparteien
 - 4. keine Beachtung von Bürokratie und Lobbyismus
- **Interessengruppen und Rent-Seeking:**
- nicht alle Bürger besitzen die selbe Stimme bzw. den gleichen politischen Einfluss, da aufgrund verschiedener Organisationsgrade manche Stimmen ein höheres Gewicht im politischen Prozess haben
- Wohlfahrtsverluste durch Rent-Seeking für Machterhalt und Einfluss
- Rente: Einkommen über den Opportunitätskosten bzw. ohne Leistung
- Entstehung von Renten:
 - im Zuge wirtschaftlicher Entwicklung (Pionierrenten): Faktorneukombination → Preise über dem Gleichgewicht
 - durch Zuteilung von Handlungsrechten: Protektionismus; Steuervergünstigungen; Subventionen
- Olson: stabile politische Verhältnisse → immer mehr Interessengruppen → Erhöhung der Staatstätigkeit und Wettbewerbsverhinderung → bis externer Schock (z.B. Krieg) Neuanfang schafft
- Kritik an Olson:
 - Interessengruppen haben auch Kontrollfunktion
 - Interessengruppen halten sich gegenseitig in Schach
 - Becker: nicht nur soziale Kosten, sondern auch sozialen Nutzen (z.B. Standards)
 - Becker: neben Sonderinteressen muss auch sozialer Nutzen geboten werden, um erfolgreich sein zu können
 - Becker: Beurteilung der Interessengruppen durch Kosten-Nutzen-Vergleich
 - Informationen werden generiert
- **Angebotsorientierte Ansätze der NPÖ:** Ausgangspunkt sind Politiker und Bürokraten als Entscheidungsträger → Politik ist die Umsetzung von deren Eigeninteresse
- **Leviathan-Modell des politischen Handelns (Buchanan):**
- es gibt systematische Bestrebungen, Eigeninteressen aus den strukturellen Gegebenheiten von Politik sowie ihren Zielvorgaben heraus zu verfolgen → Wähler stellen nur eine Restriktion neben anderen dar
- keine Interessen der Bürokratie → Steuerung der Bürokratie ist vollständig möglich
- Ziel ist die Aneignung öffentlichen AN abzüglich dessen Kosten → Maximierung des Steueraufkommens → Ressourcen werden in den Staatssektor umgelenkt → Staatsanteil?
- Handlungsmöglichkeiten der Politiker durch Vertrauensvorschuss der Wähler (Politiker scheinen kompetent) oder lange Wahlperioden
- Kritik:
 - Bürokratie wird unterschätzt

- Wähler wird kaum beachtet
- kein empirischer Beleg (z.B. Sozialbereich: viele Regulierungen → Intransparenz → politischer Handlungsspielraum vs. Gerechtigkeit → viele Regulierungen)
- **ökonomische Theorie der Bürokratie (Niskanen):**
- Bürokraten verfolgen gegenüber Wählern und Politikern eigene Interessen, die sich entweder in einer Maximierung des Budgets oder des Budgetresiduums niederschlagen
- Bürokratie hat gegenüber Politikern Informationsvorsprung bezüglich der Kosten der Leistungserstellung → eigennützige Bürokratie → Budget zu hoch [Grafik 6]
- Bürokraten wandeln Konsumentenrenten in Budget um
- Kritik:
 - Politiker lernen und haben Restriktionen
 - Bürokratie ist kein Block, sondern Bürokraten konkurrieren um knappe Mittel

Ausgewählte Aspekte der Besteuerung (Theorie der optimalen Besteuerung):

- 1972 als „neue“ Finanzwissenschaft begründet
- Staat muss Aufgaben finanzieren → braucht also Ressourcen
- Nutzen werden nicht betrachtet
- Ziel: unter Effizienz- und Verteilungsgesichtspunkten optimales Steuersystem
- Manche Steuern belasten Zensit mehr pro Geldeinheit Steueraufkommen → gesucht wird Steuer mit geringster Belastung
- **Einkommenseffekt:** Steuern verringern das Budget der HH → Nutzenverlust durch Verzicht
- **Substitutionseffekt:** Individuen substituieren höher mit niedriger besteuerten Gütern → Nutzenverlust durch weniger Vielfalt
- **Steuervergleich:**
- Rein alloktionstheoretische Sichtweise
- Verteilungsgesichtspunkte sind eher Restriktionen
- Stabilität; Vollzugskosten; Spürbarkeit werden nicht beachtet
- Annahme: Substituierbare Güter
- 1. Vergleich zwischen allgemeiner und spezieller Verbrauchssteuer:
 - allgemeine Verbrauchssteuern verschieben die Budgetgerade nach links → Konsum wird bei allen Gütern proportional eingeschränkt (Einkommenseffekt)
 - spezielle Verbrauchssteuern kippen die Budgetgerade (zusätzlicher Substitutionseffekt)
 - → spezielle Verbrauchssteuern verzerren Preise → allgemeine Steuer ist vorzuziehen
- 2. Vergleich gegenwärtigen und zukünftigen Konsums:
 - allgemeine Verbrauchssteuer erzeugt einen zeitlichen Substitutionseffekt
 - relative ESt → Budgetgerade kippt zwischen zukünftigem und jetzigem Konsum
 - Kopfsteuer → Parallelverschiebung
- 3. Vergleich von Freizeit und Arbeitszeit: [Grafik 7]
 - zeitliche Substitution abhängig von Besteuerung von Zinsen
 - Verbrauchssteuer → Sparen → Zinsen und späterer Konsum
 - Freizeitverlust H' bis A → Freizeit von 0 bis H' für Konsum 0 bis E'
 - Kopfsteuer → gleiche Besteuerung von Freizeit und Arbeit → Parallelverschiebung
 - proportionale ESt → Freizeit lohnt mehr → Einkommen bringt relativ weniger
 - progressive ESt → steigert diesen Effekt
- **bisheriges Fazit:**
- Einkommen; Sparen sind gegeben:
 - allgemeine Verbrauchssteuer → keine Mehrbelastung
 - spezielle Verbrauchssteuer → Verzerrung der Präferenzen

- Einkommen; Präferenzen sind gegeben:
 - ESt verzerrt zwischen jetzigem und zukünftigem Konsum
 - alle verzerren zwischen Freizeit und Einkommen
- Kopfsteuer verzerrt hier als einzige nicht → aus Verteilungsgesichtspunkten und politisch ungewollt
- → Steuermix, der Zusatzlasten minimiert → second-best (first-best: Kopfsteuer)
- **Optimale Verbrauchsbesteuerung:**
- 1-Personen-Fall:
 - ein Individuum repräsentiert alle Präferenzordnungen
 - Staat zieht Steuern ein → dann Nutzenmaximierung durch Individuum
 - Methodik: kompensierte NF-Funktion → Einkommenseffekt wird nivelliert; Substitutionseffekt ändert Funktion
 - rein allokativer Betrachtung
 - Ablauf: Steuer auf x → NF-Gerade kippt → Verschiebung der NF-Gerade bis zum Treffen mit der Indifferenzkurve → Einkommenseffekt gilt als exogene Vorgabe
 - Ramsey-Regel: werden alle Steuersätze prozentual gleich erhöht → einkommenskompensierte NF-Mengen sinken ebenfalls prozentual gleich → bei Zutreffen: Steuersystem ist optimal bezüglich Minimierung des Substitutionseffektes
 - Freizeitabhängigkeitsregel: einheitliche Steuersätze für freizeitneutrale Güter; bei freizeitabhängigen Gütern ist das freizeitkomplementärere stärker zu besteuern → bessere Allokation; Anreiz zur Mehrarbeit → aber trotzdem neutral, da Steuer Arbeit unattraktiver macht → Kritik: freizeitkomplementäre Güter schwer zu bestimmen; Arbeitszeit wird selten frei bestimmt
 - Corlett-Hague-Regel: ein Gut ist freizeitkomplementär; -neutral; -substitutional, je nachdem, ob die kompensierte KPE der NF im Bezug zum Preis der Freizeit $>$, $=$ oder > 0 ist
 - Inverse-Elastizitäten-Regel: ist die KPE der besteuerten Güter $= 0$ → höchste Besteuerung der Güter mit der niedrigsten Preiselastizität der NF
 - → einheitliche Verbrauchsbesteuerung ist optimal, wenn HH auf Preis- nicht mit Arbeitszeitänderungen reagieren
- Mehr-Personen-Fall:
 - heterogene HH
 - Distribution ergänzt die Allokation
 - höher besteuert werden sollten Güter, die von der Mehrheit als freizeitkomplementär bezeichnet werden; die für die Mehrheit einen höheren sozialen Grenznutzen des Einkommens haben (also Güter, die arme HH mehr konsumieren, da für diese Einkommen höhere Bedeutung hat); die relativ mehr HH konsumieren, die eine geringe Grenzneigung zur Verbrauchssteuerzahlung haben
- **Optimale Einkommensbesteuerung:**
- Verteilung wird mehr als Allokation beachtet
- Soziale Wohlfahrt = Summe der individuellen Nutzen
- Individueller Nutzen ist Funktion des individuellen Einkommens
- Individuelles Einkommen ist Funktion individueller Fähigkeiten
- Identische Grenznutzenfunktionen; Einkommen? → Grenznutzen?
- Substitution Einkommen zu Freizeit ist von der Steuer abhängig
- Ziel:
 - Minimierung negativer Arbeitsanreize durch Steuern
 - gerechte Einkommensverteilung
 - Minimierung von Substitutionseffekten
- Staat wählt Tarif → HH reagieren mit Nutzenmaximierung

- Nicht-lineare ESt:
 - keine konkrete Tariffunktion → keine quantitativen Aussagen
 - Grenzsteuersätze [0;100]%
 - Grenzsteuersatz für Zensit mit höchstem Einkommen=0 → Anreiz zur Mehrarbeit, da Staat sein Geld schon hat
 - Eingangsbereich=0 → dazwischen egal
 - Umverteilungswirkung abhängig vom durchschnittlichen Steuersatz
 - Anreizwirkung abhängig vom Grenzsteuersatz
 - Umverteilung: Grenzsteuersatz auf Einkommen über dem Durchschnitt werden erhöht, darunter gesenkt (Finanzbedarf des Staates muss gedeckt bleiben)
- lineare ESt:
 - konstanter Grenzsteuersatz
 - abhängig von Bruttolöhnen als Indikator für Fähigkeiten ; benötigtem Staatseinkommen ; Arbeitsangebotselastizität ; Egalitätspräferenz der Steuerpolitik
- **Optimale Kombination beider Steuerarten:**
- Verhältnis und Tarifstruktur von direkten und indirekten Steuern; Wahl der BMG (Konsum vs. Einkommen)
- Verschieden Ziele (Distribution/Allokation) brauchen verschiedene Mittel (direkte/indirekte Steuern)
- Ex-ante immer Gleichwertigkeit aller Steuertypen (bei ESt immer die Frage Freizeit oder Einkommen)
 - nicht-lineare ESt → Störung auf dem Arbeitsmarkt (Brutto- zu Nettolohn) → Ergänzung mit Verbrauchssteuer, um Übergreifen auf andere Märkte zu verhindern
 - lineare ESt → braucht unterschiedliche Verbrauchssteuern, um Ungleichheiten zu beseitigen (Luxusgütersteuer > Normalgütersteuer) bzw. bei getrennten Arbeits- und Gütermärkten und linearen Engelkurven reichen allgemeine Verbrauchssteuern
 - proportionale ESt; getrennte Arbeits- und Gütermärkte, lineare Engelkurven → NF-Kurven sind für alle gleich
- Zinsbesteuerung → Besteuerung des Sparens → Vorteile für sofortigen Konsum → höhere Verbrauchssteuern
- Kritik:
 - neoklassischer Bezugsrahmen)Ablehnung der Neoklassik → Modell hinfällig)
 - Modelle sehr abstrakt (kein Einfluss auf die Praxis, da zu vereinfachend)
 - kein Erkenntnisfortschritt (nur Betrachtung der Einnahmen; keine Schlüsse)
 - abhängig von gewählten Modellparametern

Ausgewählte Aspekte der Besteuerung (Theorie der Leistungsfähigkeitsbesteuerung):

- Äquivalenzprinzip nicht möglich → bleibt nur Leistungsfähigkeitsprinzip
- Budget exogen gegeben → wie soll die Belastung verteilt werden
- John Stuart Mill (186-1873): Jeder Steuerzahler wird gleich besteuert; „Gleichheit der Besteuerung bedeutet Gleichheit des Opfers“ → nach persönlicher Leistungsfähigkeit → was ist subjektiv gleich?
- **Indikatoren der Leistungsfähigkeit:**
- Haller: Umfang privater Befriedigungsmöglichkeiten, den der Bürger erreichen kann
- Indikator muss erfassbar; in eine BMG umsetzbar und umfassend sein
- Indikatoren:
 - Einkommen (ab Industrialisierung)
 - Vermögen (vor Industrialisierung)
 - Konsum (neuere Ansätze)
- **Annahmen:**
- Nutzen ist abhängig vom Einkommen

- Alle Individuen haben identische Nutzenfunktionen
- Grenznutzen? bei Einkommen?
- Nutzen ist kardinal messbar
- **Konzepte der Opfergleichheit:**
- Ziel: Kürzung der Bedürfnisbefriedigung
- subjektiv gleiches Opfer (Nutzenopfer) ist abhängig vom gesellschaftlichen Konsens über den Begriff „gleich“
 - gleiches absolutes Opfer: unabhängig vom jeweiligen Einkommen sollen alle Individuen den selben Nutzenentgang haben
 - gleiches relatives Opfer: alle sollen ein in Relation zum Gesamtnutzen ihres Einkommens gleich großes Nutzenopfer leisten
 - gleiches marginales Opfer: der marginale Nutzenentgang soll für alle identisch sein, d.h. alle Individuen sollen auf das selbe Nutzenniveau gebracht werden
 - → ökonomisch kann die Auswahl des Opferkonzeptes nicht begründet werden → politische Entscheidung

Ausgewählte Aspekte der Besteuerung (Mikro- und makroökonomische Modelle der Steuerüberwälzung):

- **Steuerwirkungslehre:**
- 1. Steuerausweichung
- 2. Steuereinhaltung
- 3. Steuerüberwälzung (Steuerinzidenz):
 - 3.1. Inzidenzebenen:
 - 3.1.1. Entrichtungsinzidenz (orientiert an der Zahlungsverpflichtung)
 - 3.1.2. Destinatärinzidenz (orientiert an der Absicht des Gesetzgebers)
 - 3.1.3. effektive Inzidenz (orientiert an der tatsächlichen Inzidenz nach Abschluss aller Anpassungsvorgänge) → mikro- vs. makroökonomische Überwälzungstheorie
 - 3.2. Inzidenzanalysen:
 - 3.2.1. Inzidenz einzelner Steuern → spezielle vs. differentielle Inzidenz
 - 3.2.2. Inzidenz des gesamten Budgets → totale vs. partielle Budgetinzidenz (proportional vs. marginal)
- **Ermittlung der effektiven Inzidenz:**
- Mikroökonomische Steuerinzidenzlehre:
 - Untersuchung anhand der Marktformen und -vollkommenheiten; Zusatzlasten (Grenzbetrachtungen) und AN-/NF-Elastizitäten
 - Angewandte Preistheorie mit folgenden Annahmen: 1. konstante NF; 2. bewusste Steuerüberwälzung; 3. es werden nur Preiseffekte berücksichtigt; 4. Gewinnmaximierung; 5. Kalkulation auf Grenzkostenbasis
 - Kostensteuern: Mengen- oder Wertsteuer: unabhängig von der Marktform (Poly-/Oligo-/Monopol) kommt es in aller Regel nur zu einer Teilüberwälzung → das Ausmaß hängt von den AN- und NF-Elastizitäten ab (bei nicht konstanter NF kann die gesamte Steuer überwält werden)
 - Kostensteuern: Fixkostensteuer: unabhängig von Grenzkosten → kein Einfluss auf die Preisbildung → Überwälzung (alle gleich belastet; Neoklassiker!)
 - Gewinnsteuer: weder Konkurrenzanbieter (durch gewinnlosen Grenzanbieter → dieser muss seinen Preis nicht erhöhen) noch Monopolist (jede Preiserhöhung würde zu einer Gewinneinschränkung führen und er ist Gewinnmaximierer) können Gewinnsteuern überwälzen
- Makroökonomische Steuerinzidenzlehre:
 - Kreislauftheorie statt Preistheorie als Grundlage
 - Untersuchung von Preisen; Nachfragestrukturen; Faktorwanderungen;

unterschiedliche Einkommenselastizitäten

- These: nicht nur Kostensteuern, sondern auch Gewinnsteuern können überwältigt werden, wenn folgende Annahmen gelten:
 - 1. Die Höhe staatlicher Steuern und Ausgaben wirkt nicht negativ auf private Investitionen
 - 2. Die Elastizität des Geldangebots erlaubt ein Abwälzen der Steuern über die Preise
 - 3. Der Verbrauch der U darf nicht eingeschränkt werden: Steuern mindern verfügbares Einkommen → Konsumquote muss steigen
 - 4. Das Sparen der HH darf nicht zunehmen
 - 5. Vollbeschäftigung
 - 6. Den Steuern stehen entsprechende Staatsausgaben gegenüber
 - → Die Gewinnsteuerüberwälzung vollzieht sich über steigende Preise, die durch eine steigende NF bei Konstanz des Outputs ermöglicht wird (Aggregataussage: Verhalten auf einzelnen Märkten kann davon abweichen)
- **Harberger Modell als Anwendungsbeispiel (bei Gewinnsteuern auf PF):**
- Bsp. Erhöhung der Körperschaftssteuer → final resting place (wer trägt Steuer endgültig?)
- Annahmen:
 - 2 Branchen (X - körperschaftlich verfasst; Y nicht körperschaftlich verfasst)
 - jede Branche produziert ein Gut (X: x; Y: y)
 - 2 PF: A; K
 - konstantes AN an PF; kein technischer Fortschritt
 - vollkommene Märkte
 - flexible Güter- und Faktorpreise
 - Entlohnung der PF nach ihrer Grenzproduktivität
 - Cobb-Douglas-Produktionsfunktionen
 - PF sind kurzfristig immobil; langfristig mobil
 - Argumentation nur nach funktionaler Einkommensverteilung
- kurzfristige Sicht: immobile PF → keine Überwälzung → Steuerlast wird von Kapitaleignern der Branche X vollständig getragen
- langfristige Sicht bei gleicher Faktorintensität der Branchen X und Y:
 - Ausgleichseffekt: bei mobilen PF → Kapitalwanderung von X nach Y führt zu Angleichung der Nettoertragsfähigkeit des Kapitals → Steuerlast verteilt sich auf beide Sektoren
 - Outputeffekt (Steuern? → relative Güterpreise_X? → je nach Preiselastizität der NF → NF_Y?)
 - Faktorsubstitutionseffekt (Kapitalkosten_Y? → relative Kosten für Arbeit_Y? → je nach Substitutionselastizität beider Faktoren → Kapitalintensität? und Arbeitsintensität?)
- langfristige Sicht bei unterschiedlicher Faktorintensität der Branchen X und Y:
 - bester Sektor produziert kapitalintensiv: → zusätzliche Reduktion der Nettokapitalertragsfähigkeit, da X mehr Kapital freisetzt, als Y preisneutral absorbieren kann → Faktorsubstitutionseffekt stärker als oben
 - bester Sektor produziert arbeitsintensiv: ein Teil der Steuerlast wird vom PF Arbeit getragen, da X mehr Arbeit freisetzt, als Y preisneutral absorbieren kann → Outputeffekt schadet X; Faktorsubstitutionseffekt lässt Arbeitskosten weniger stark steigen oder sinken → nutzt X
- Erweiterung um personale Verteilungsfunktion:
 - höhere Einkommen → Sparen → Kapitalangebot steigt
 - niedrigere Einkommen → Arbeitsangebot steigt
 - bei gleicher Faktorintensität oder kapitalintensiver Produktion in X → progressive

Kapitalbelastung → nur Kapitaleigner werden betroffen

- bei arbeitsintensiver Produktion in X → regressive Kapitalbelastung →

Arbeitseigner werden auch betroffen

- wird x hauptsächlich von höheren Einkommen gekauft → progressive Belastung

- wird x hauptsächlich von niedrigeren Einkommen gekauft → regressive Belastung

Der Staat im Wirtschaftskreislauf:

- Staat: Umverteiler; NF; Arbeitgeber; Kreditnehmer; Gesetzgeber

- Finanzströme werden in der Finanzstatistik und der VGR abgebildet

- **Einbau des Staates in das makroökonomische Kreislaufmodell:**

- Ziel: Informationsgewinnung zur Steuerung der VW: Diagnose, z.B. für das StabG, Prognose

- Definition: Staat umfasst in der VGR alle Institutionen, deren Aufgabe überwiegend darin besteht, Dienste eigener Art für die Allgemeinheit zu erbringen und die sich hauptsächlich aus Zwangsabgaben finanzieren. Dazu zählen die Gebietskörperschaften und die SV. Nicht enthalten sind U der SV oder Gebietskörperschaften und Zusatzversorgungseinrichtungen (z.B. Zusatzversicherung für Angestellte des öffentlichen Dienstes)

- Kreislaufmodell (Quesnay): System gesamtwirtschaftlicher Ströme als Abbildung aller Transaktionen aller Akteure einer Periode